



MARCEL FRATZSCHER

Die Gesundheitsreform schwächt vor allem Berlin

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Deutschland debattiert über seine Zukunft als Wirtschaftsstandort. Umso paradoxer ist, dass wir gerade dabei sind, einen unserer größten Standortvorteile zu beschädigen – im Namen des Sparens. Die Rede ist von der Gesundheitsreform und ihren Folgen für Berlin, einen in Europa und weltweit führenden Standort der Gesundheitsforschung. Einsparungen in den Sozialsystemen sind zwar nicht per se falsch. Die Notwendigkeit von Reformen ist unstrittig. Aber es kommt auf das Wie an.

Und das Wie ist in diesem Fall schädlich. Zwei Gesetze greifen ineinander: das Krankenhausreformenanpassungsgesetz und das GKV-Spargesetz von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU), das den Kliniken allein 2027 rund 5,1 Milliarden Euro entzieht – über gedeckelte Budgets und eine nur noch teilweise Refinanzierung von Tariflöhnen. So entsteht eine Politik, die strukturell das Falsche tut: Sie spart kurzfristig an den Betriebskosten und gefährdet damit langfristig Substanz, Qualität und Innovationskraft. Berlin trifft das mit besonderer Wucht. Die Stadt ist kein gewöhnlicher Krankenhausstandort, sondern ein Ökosystem aus Europas größter Universitätsklinik, der Charité, dem Berlin Institute of Health (BIH), außeruniversitären Spitzeninstituten und einer dichten Biotech- und Medizintechnik-Szene. Dieses Ökosystem lebt von einem Mechanismus, durch den die Universitätsmedizin die Forschung und Lehre auch aus den Erlösen der Krankenversorgung mitfinanziert. Geraten diese Erlöse unter einen Ausgabendeckel und werden hochspezialisierte Leistungen nicht kostendeckend vergütet, dann schrumpft der Spielraum, aus dem Spitzenforschung entsteht.

Die Beschäftigten spüren die Folgen zuerst. In einem Beruf, der ohnehin unter Fachkräftemangel leidet, ist das Gift: Schlechtere Bedingungen treiben qualifizierte Kräfte aus dem Beruf – oder aus der Stadt. Spitzenstandorte konkurrieren global um die klügsten Köpfe – um Ärzt*innen, Forscher*innen und Pflegekräfte. Jedes Signal, dass Berlin seine Gesundheitsforschung dem kurzfristigen Spardruck unterordnet, schwächt die Anziehungskraft auf jene Talente, die einen Standort erst zum Spitzenstandort machen.

Auch öffentliche wie private Investitionen geraten unter Druck. Für private Investoren in Kliniken, Medizintechnik und Biotech senkt ein gedeckeltes Erlösumfeld die erwartete Rendite und erhöht die Unsicherheit. Öffentlich verschärft die duale Finanzierung die Lage: Die Betriebskosten tragen die Kassen, die Investitionen die Länder. Berlin muss seinen Anteil am 50-Milliarden-Euro-Transformationsfonds aufbringen, um überhaupt Fördermittel abzurufen, und haftet als Eigentümer von Charité und Vivantes für deren Defizite. Der Bund spart – die Rechnung landet beim Land und bei den Versicherten. Hier schließt sich ein Kreis, der ökonomisch fatal ist. Ein geschwächter Wissenschaftsstandort zieht weniger Talente und weniger Investitionen an. Weniger Forschung und weniger hochwertige Wertschöpfung bedeuten weniger Wachstum und damit weniger Steuer- und Beitragseinnahmen. Die vermeintliche Ersparnis von heute mindert die finanzielle Leistungsfähigkeit – auch die des Staates – von morgen. Sparpolitik, die Substanz zerstört, ist am Ende teurer als das Problem, das sie lösen soll.

Eine kluge Reform würde Leistungen dort konzentrieren, wo sie sicher und gut erbracht werden, und zugleich die Wissenschaftsbasis schützen. Das Land Berlin sollte seinen neuen Krankenhausplan so zuschneiden, dass die Universitätsmedizin geschützt wird, statt nur betriebswirtschaftlich zu konzentrieren. Es sollte seine Investitionsmittel verlässlich bereitstellen, Charité und das BIH über Forschungszuschüsse absichern und im Bundesrat auf eine fairere Lastenverteilung und die volle Refinanzierung von Tarifabschlüssen dringen. Und es sollte Ambulantisierung und Digital Health gezielt ausbauen: Felder, in denen Berlin stark ist und die echte Effizienzgewinne ohne Substanzverlust ermöglichen.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 16. Juni 2026 im Tagesspiegel erschienen.

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 25. Juni 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Sonali Chowdhry

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787